



MARTIN GORNIG

Unternehmen und Staat müssen den Restart gemeinsam angehen

Martin Gornig ist Forschungsdirektor für Industriepolitik und stellvertretender Leiter der Abteilung Unternehmen und Märkte am DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Weltweit hat die Corona-Pandemie zu erheblichen Verlusten in der Wertschöpfung geführt. Regierungen und Zentralbanken halten mit Liquiditätshilfen und expansiven geldpolitischen Maßnahmen dagegen. Gehen im Zuge der Impfungen die Sterbefälle und Belegungszahlen auf den Intensivstationen zurück, dürfte in den meisten entwickelten Ländern allmählich eine wirtschaftliche Erholung einsetzen. Für Deutschland geht das DIW Berlin derzeit von einem Wachstum der Wirtschaftsleistung in diesem Jahr von gut drei Prozent aus. Ende 2022 könnte hierzulande dann die reale Produktion wieder das Vorkrisenniveau erreichen.

Diese Aussicht mag auf den ersten Blick beruhigen. Auf den zweiten Blick allerdings zeigt sich, dass wir durch die Pandemie viel Zeit und Energie bei der Umstrukturierung unserer Wirtschaft verloren haben. Der fortschreitende demografische Wandel sowie die Dekarbonisierung und Digitalisierung unserer Produktionsprozesse schaffen erhebliche Investitionsbedarfe. Im Jahr 2020 sind aber die Ausrüstungsinvestitionen nicht gestiegen, sondern im zweistelligen Bereich geschrumpft. Und auch die Investitionen in unsere Köpfe – in das sogenannte Wissenskapital – sind zurückgegangen. Um so wichtiger ist es nun, dass Unternehmen und die öffentliche Hand den Neustart nach dem Lockdown zu einer Investitionsoffensive nutzen. Das gilt für den Bildungssektor, die digitalen Netze und die kommunale Infrastruktur ebenso wie für Investitionen in klima- und ressourcensparende Technologien.

Die Chancen für eine solche Neuausrichtung stehen gar nicht so schlecht. Staat und Unternehmen haben in der Krise gelernt, dass sie aufeinander angewiesen sind. Dogmen vom freien Markt oder allwissenden Staat haben an Einfluss verloren. Erfolgreich ist nur ein Miteinander. So geben uns gerade jetzt staatliche Garantien und unternehmerische Innovationskraft gemeinsam die Hoffnung, mit entsprechenden Impfstoffen die Pandemie zu überwinden.

Gleichzeitig ist bei KonsumentInnen wie Unternehmen die Einsicht gewachsen, dass ein bloßes Mehr an Gütern und Dienstleistungen für unseren Wohlstand nicht entscheidend ist. Präferenzverschiebungen zugunsten klima- und ressourcensparender Produktionen scheinen an Fahrt gewonnen zu haben. Zudem bekommen Werte wie Resilienz von Produktions- und Lieferketten gegenüber statischen Effizienzkriterien mehr Gewicht. Lokale Produktion beispielsweise könnte so nicht nur für landwirtschaftliche Produkte, sondern auch für viele Konsumgüter zu einem Markenzeichen werden. Dies vor allem auch, weil uns digitale Technologien erlauben, vieles in Kleinserien kostengünstig produzieren zu können.

Was bedeutet das für räumliche Entwicklungsmuster? Derzeit wird viel über die Zukunft der Städte oder die Perspektiven des ländlichen Raumes nach Corona spekuliert. In den vergangenen Jahren sind in Deutschland die Großstädte, allen voran die Hauptstadt, überdurchschnittlich stark gewachsen. Damit sind sie auch immer teurer geworden. Die Beschleunigung von Homeoffice und Onlinehandel im Lockdown hat nun scheinbar eine Alternative zum teurem Stadtpflaster aufgezeigt.

In der Tat werden die räumlichen Bindungen im Produktionsprozess wieder einmal lockerer. Bloße Größe als ökonomischer Vorteil zählt immer weniger. Metropolen aber, die in der Lage sind, aus ihrer Mischung von Produktion, Handel, Dienstleistungen, Erholung und Wohnen einen kreativen Mehrwert zu generieren, werden auch künftig die Zentren der wirtschaftlichen Entwicklung sein. Welche Großstädte dazu zählen, hängt auch vom Handeln der lokalen Akteure ab. Dazu müssen die Städte beispielsweise erschwingliche Räume für eine gesunde Mischung von Arbeit und Leben sichern und ausbauen. Das bedeutet, planungsrechtlich das Nebeneinander der Funktionen möglich zu machen und auch attraktive Stadtteile mit solchen Mischungen zu entwickeln.

Dieser Beitrag ist am 3. Februar 2021 in einer etwas längeren Fassung in der „Berliner Wirtschaft“ erschienen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 17. Februar 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus
Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Prof. Dr. Pio Baake

Redaktion

Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Kristina van
Deuverden; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter